



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

09.07.03

Dortmunder U

Presseerklärung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Absicht von Brau und Brunnen, die Konzernverwaltung in Dortmund zu konzentrieren und damit eine Initialzündung für die weitere Entwicklung der Fläche der ehemaligen Union-Brauerei einzuleiten. Darüber hinaus sind wir grundsätzlich der Auffassung, dass der U-Turm nicht nur als Landmarke mit dem U als Wahrzeichen, sondern auch als möglicher Raum für andere Nutzungen erhaltenswert ist. In diesem Sinne sind wir bereit, uns an entsprechenden Überlegungen für ein Nutzungskonzept zu beteiligen.

In der Verwaltungsvorlage wird lediglich eine erste Studie über die Raumverteilung und gestalterischen Aspekte erwähnt; ansonsten ist ausschließlich von einer möglichen Nutzungsvielfalt die Rede. Dazu Faktionssprecherin Daniela Schneckenburger: „Diese Anmerkungen reichen bei weitem nicht aus, um gegenüber Brau und Brunnen die Verpflichtung zur Zahlung eines Mietzinses in nicht unbeträchtlicher Höhe eingehen zu können. Wir könnten uns jedoch durchaus verschiedene kulturelle Nutzungen vorstellen. Wesentliche Voraussetzung wäre aus unserer Sicht, dass es sich nicht um die Wahrnehmung zusätzlicher freiwilliger Aufgaben handelt, sondern um die Verlagerung von Nutzungen, durch die an anderer Stelle Einsparungen erzielt werden. Von daher ist es Aufgabe der Verwaltung, entsprechende Nutzungen zu prüfen und Kostenvor- bzw. nachteile darzustellen. Falls es keine ausreichenden sinnvollen Nutzungen gibt, müsste die logische Konsequenz eine Reduzierung der angemieteten Flächen im U-Turm sein.“

Abgesehen von den keineswegs ausgereiften Vorstellungen über die Art der Nutzung lässt die Beschlussvorlage auch in anderer Hinsicht zu wünschen



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

übrig. Das Kapitel „Finanzielle Auswirkungen“, das naturgemäß von größtem Interesse für eine finanzschwache Kommune ist, enthält derart dürftige Angaben, dass eine Risikoeinschätzung unmöglich ist. So wird weder zwischen Brutto und Nettofläche differenziert, noch ist der Aufwand für die Dach und Fachsanierung insgesamt dargestellt. Der Investitionsbedarf für den betriebsfertigen Zustand bzw. die sich daraus ergebenden Mietkosten muss je nach Nutzungsart differenziert dargestellt werden. Kulturell hochwertige Nutzungen wie etwa ein Museum bedürfen besonderer baulicher Voraussetzungen, ebenso wie Nutzungen, die Teile des Gebäudes zum Versammlungsort machen. Dazu Daniela Schneckenburger: „Der lapidare Satz, dass die finanziellen Auswirkungen im weiteren Verfahren konkretisiert werden, kann nicht ernsthaft Grundlage für einen Grundsatzbeschluss des Rates sein. So gesehen ist klar, dass eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Die Verwaltung muss nacharbeiten und die Voraussetzungen für eine seriöse Abwägung von Chancen und Risiken schaffen.“